



E-Government Schweiz-Suisse-Svizzera Newsletter 3/2017

Sehr geehrte Damen und Herren

Unser aktueller Newsletter informiert Sie über die folgenden Themen:

- Lancierung einer Nationalen E-Government-Studie
- Resultate aus der Leserumfrage zu unserem Newsletter
- Kurzfilm zum Projekt Identitätsverbund Schweiz
- Wissensplattform zu rechtlichen Fragen im E-Government
- Vote électronique: St.Gallen und Aargau nehmen Versuche mit E-Voting wieder auf
- Das politische System der Schweiz auf einen Klick unter ch.ch/demokratie
- Standards sind entscheidend für E-Government
- Lindas-data.ch überarbeitet
- Kanton Zug gewinnt in Berlin E-Government-Preis
- Der Kanton Genf wird Mitglied von digitalswitzerland und Genève-Lab schliesst sich dem europäischen Netzwerk der Living-Labs an
- Start der Pilotphase „Steuerliche Wegzugsmeldung“ im Kanton Zürich und kantonale Einwohnerdatenplattform
- Auch 2017: Die Schweiz ist das innovativste Land der Welt
- Der Portalverbund ebnet den Weg
- Veranstaltungshinweise

E-Government Schweiz

Lancierung einer nationalen E-Government-Studie

Die Geschäftsstelle E-Government Schweiz lanciert in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) eine neue Studienreihe zur Ausbreitung und zum Nutzen von E-Government. Im Rahmen der Studie wird eine repräsentative Umfrage bei der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Behörden durchgeführt. Die nationale E-Government-Studie wird das zentrale Monitoring-Instrument der Geschäftsstelle. Sie löst damit die drei bisher einzeln durchgeführten Studien bei Bevölkerung, Wirtschaft und Behörden sowie die Webanwendung E-Government-Landkarte ab. Letztere wird per Ende 2017 ausser Betrieb genommen.

Weiterführende Informationen finden Sie auf der [Website](#) und in der [Medienmitteilung](#) der Geschäftsstelle.

Resultate aus der Leserumfrage zu unserem Newsletter

Im Newsletter vom Februar 2017 wurden die Abonentinnen und Abonnenten gebeten, verschiedene Fragen zum Newsletter zu beantworten. 68 Leserinnen und Leser haben an der Umfrage teilgenommen. Diese gehören fast zur Hälfte bereits seit über 3 Jahren zum Abonentenkreis und lesen den Newsletter mehrheitlich aus beruflichem Interesse. 60% beurteilen die Relevanz des Newsletters als gut, 30% als sehr gut. Knapp drei Viertel, bzw. gut 60% finden seinen Umfang und die Erscheinungsfrequenz passend.

Die Ergebnisse der Umfrage und die ebenfalls eingegangen qualitativen Rückmeldungen werden bei der Neulancierung des Newsletters mit neuem Tool (voraussichtlich im ersten Quartal 2018) berücksichtigt.

Schwerpunktplan

Kurzfilm zum Projekt Identitätsverbund Schweiz

Der Identitätsverbund (IDV) Schweiz ist ein strategisches Projekt im Schwerpunktplan E-Government Schweiz 2016-2019. Dieses ist im Moment mitten in der Umsetzung. Um die Vorteile verständlicher zu kommunizieren und die Funktion bildlich zu erklären, hat das SECO einen Kurzfilm produziert, welcher neu auf YouTube frei zur Verfügung steht.

Sehen Sie sich das [Video](#) an und lernen Sie die Aufgaben und Vorteile des IDV besser kennen.

Wissensplattform zu rechtlichen Fragen im E-Government

Die neu in den Schwerpunktplan 2017-2019 aufgenommene strategische Leistung „Koordination in rechtlichen Fragen betreffend E-Government“ (SL 4) hat zum Ziel, den Wissenstransfer in rechtlichen Fragen zu vereinfachen und die Gemeinwesen bei der Adressierung und Klärung dieser Fragen zu unterstützen. Für die Leistung ist der Verein eJustice.CH verantwortlich.

Die im Rahmen des E-Government Aktionsplans aufgebaute Wissensplattform zu rechtlichen Fragen im Government soll einen ersten Überblick ermöglichen und den Zugang zum juristischen Fachwissen erleichtern. Die Wissensplattform ist neu überarbeitet und aktualisiert zu finden unter www.egovernment.ch/recht.

Vote électronique: St.Gallen und Aargau nehmen Versuche mit E-Voting wieder auf

Ab dem eidgenössischen Urnengang vom 24. September 2017 sollen Auslandschweizer Stimmberechtigte der Kantone St.Gallen und Aargau den elektronischen Stimmkanal wieder nutzen können. Der Kanton St.Gallen zieht zudem bereits ab September 2017 fünf ausgewählte Inlandschweizer Pilotgemeinden in die Versuche mit ein; der Kanton Aargau wird E-Voting ab Anfang 2019 auf gewisse Inlandschweizer Gemeinden ausweiten. Der Bundesrat hat den beiden Kantonen anlässlich seiner Sitzung vom 28. Juni 2017 eine Grundbewilligung für die Jahre 2017-2019 erteilt.

Die Kantone St.Gallen und Aargau haben im Rahmen des ehemaligen Consortium Vote électronique bereits während den Jahren 2010-2015 Erfahrungen mit der elektronischen Stimmabgabe gesammelt. Für die Wiederaufnahme der Versuche haben sich die beiden Kantone in einem Ausschreibungsverfahren für das System des Kantons Genf entschieden. Ab September 2017 werden somit insgesamt acht Kantone E-Voting anbieten. Eine Übersicht über den aktuellen Projektstand finden Sie unter www.egovernment.ch/evoting.

Das politische System der Schweiz auf einen Klick unter ch.ch/demokratie

Das Portal ch.ch erweitert seine Informationen über die Funktionsweise des politischen Systems der Schweiz und fasst diese unter ch.ch/demokratie zusammen. Die neue Website kann in fünf Sprachen (IT, FR, DE, RM und EN) aufgerufen werden. Ziel ist es, dass die Informationen über die Demokratie und das politische System der Schweiz an einem einzigen Ort aufzufinden sind. Diese Informationen sollen für die Bürgerinnen und Bürgern zugänglicher sein und es ihnen erleichtern, ihre politischen Rechte wahrzunehmen, sowie auch das Verständnis dafür verbessern. Erfahren Sie mehr unter: <https://www.ch.ch/de/demokratie/>.

Standardisierung

Standards sind entscheidend für E-Government

„Standards spielen eine entscheidende Rolle für E-Government in der Schweiz“. Hören Sie in diesem [Video](#), was Cédric Roy, Leiter Geschäftsstelle von E-Government Schweiz, sonst noch dazu zu sagen hat. Lukas Steudler, Stabstelle E-Government des Kantons Zürich, hat an der Generalversammlung des Vereins eCH aufgezeigt, wo die eCH-Standards in ihren Projekten eine Rolle spielen. Der beiliegende [Artikel](#) verdeutlicht dies am Beispiel von eUmzug.

An der Generalversammlung des Vereins wurden verschiedene Positionen neu besetzt. Andreas Spichiger,

Berner Fachhochschule, und Thomas Reitze, IBM Schweiz, sind neu im Vorstand vertreten, Christian Dolf, CSP AG, ist neuer Präsident des Expertenausschusses und Patrizio Collovà, Berner Fachhochschule, ist neu Mitglied im Expertenausschuss.

Weiterführende Informationen zum Verein eCH finden Sie unter www.ech.ch.

Bund, Kantone, Gemeinden

Lindas-data.ch überarbeitet

Seit Anfang 2017 hat das Bundesarchiv das Projekt Lindas vom Staatssekretariat für Wirtschaft SECO übernommen. Über den Prototypen „[Linked Data Service – LINDAS](#)“ können Schweizer Behörden Ihre Daten als „Linked Data“ zur Verfügung stellen. LINDAS ist nun stabilisiert und überarbeitet worden. Parallel zum Service führt das Bundesarchiv zudem ein Linked Data-Projekt durch, das eine Weiterentwicklung des Services anstrebt.

Kanton Zug gewinnt in Berlin E-Government-Preis

Das Amt für Informatik und Organisation (AIO) des Kantons Zug gewinnt mit dem Projekt „Benutzerkonto ZUGLOGIN“ am 16. E-Government-Wettbewerb die Silbermedaille in der Kategorie „Bestes Infrastrukturprojekt“. Dieser Wettbewerb ist seit vielen Jahren der anerkannte Gradmesser für E-Government-Aktivitäten der Verwaltungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Weitere Informationen finden Sie in der [Medienmitteilung](#).

Kanton Genf

- **Anschluss ans europäischen Netzwerk der Living-Labs:** Im Oktober 2016 lancierte der Genfer Staatsrat Pierre Maudet, der dem kantonalen Departement für Sicherheit und Wirtschaft vorsteht, offiziell [Genève-Lab](#). Aufgabe dieses Living-Lab ist es, die Genfer Kantonalverwaltung auf ihrem Weg ins digitale Zeitalter zu begleiten. Das Living-Lab soll zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen im Kanton unter Berücksichtigung der Vielfalt des Genfer Ökosystems innovative Lösungen entwerfen. Das Beitrittsgesuch von Genève-Lab zum europäischen Netzwerk der [Living Labs](#) (ENoLL) wurde angenommen.
- **Mitglied von digitalswitzerland:** Indem Genf sich der Initiative [digitalswitzerland](#) anschliesst, unterstreicht es seinen Willen, aktiv an der schweizweiten digitalen Transformation teilzuhaben. Als Verantwortlicher für Wirtschafts- und Informatikfragen im Genfer Staatsrat nimmt Pierre Maudet Einsitz ins Leitungsgremium (steering committee) von digitalswitzerland. Eine der Hauptprioritäten des Kantons ist der digitale Wandel.

Kanton Zürich

- **Start der Pilotphase „Steuerliche Wegzugsmeldung“:** Das Projekt „[Steuerliche Wegzugsmeldungen CHM-ZH](#)“ kommt in den Praxistest. Ab dem 1. Juni 2017 erhalten die Pilotgemeinden produktive elektronische Wegzugsmeldungen. Auch alle Meldungen aus anderen Kantonen werden den Zürcher Gemeinden zugestellt. Bei positivem Abschluss der Pilotphase, erfolgt die Einführung bei den Gemeinden ab dem 1. August 2017.
 - **Kantonale Einwohnerdatenplattform:** Mit der [kantonalen Einwohnerdatenplattform KEP](#) nimmt nach „eUmgzugZH“ und „eBaugesucheZH“ ein drittes Vorhaben aus der Zusammenarbeit Kanton und Gemeinden „egovpartner“ konkrete Formen an. In den nächsten Monaten wird das Gemeindeamt, als federführende Amtsstelle der Direktion der Justiz und des Innern, gemeinsam mit den Gemeinden die ersten Datenlieferungen in die KEP durchführen.
-

International

Auch 2017: Die Schweiz ist erneut Innovationsweltmeister

Die Autoren des Global Innovation Index 2017 haben die Schweiz zum siebten Mal in Folge auf den 1. Platz gewählt. Rund 130 Länder werden auf die Voraussetzung, die sie für Innovationen bieten, wie auch die Neukreationen, die aus diesen Innovationen heraus entstanden sind, untersucht. Stark ist die Schweiz vor allem im Bereich der Neukreationen und der Verbreitung von Wissen. Aufholbedarf herrscht hingegen bei den Online-Dienstleistungen der Regierung oder den Rahmenbedingungen für eine Firmen-Gründung. Den gesamten Studie lesen Sie unter www.globalinnovationindex.org.

Deutschland: Der Portalverbund ebnet den Weg

Im Rahmen der Entscheidungen zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern hat der Bund die Kompetenz erhalten, einen Portalverbund für den Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen von Bund, Ländern und Kommunen zu schaffen.

Mit der aktuellen Grundgesetzänderung hat der Gesetzgeber wichtige Hausaufgaben beim eGovernment gemacht. Jetzt liegt es an der neuen Bundesregierung, das Ziel – möglichst viele Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen innerhalb von fünf Jahren online anzubieten – zu erreichen. Lesen Sie den gesamten Artikel auf egovernment-computing.de.

Veranstaltung

11. Nationales eGovernment Symposium, Bern

Die Frage nach dem Umgang mit Daten ist zentral für die digitale Transformation der Verwaltung. Bedeutend für den Erfolg von eGovernment sind neben rechtlichen Rahmenbedingungen insbesondere Inhalte und die Nutzerfreundlichkeit von Angeboten. Es gilt, die Bedürfnisse der Anwenderinnen und Anwender aus Bevölkerung und Wirtschaft zu berücksichtigen, Transparenz über die Verwaltungstätigkeit zu schaffen und gleichzeitig Datenschutz und Informationssicherheit einzuhalten. Wie gelingt dieser Spagat und wie sieht nutzerorientiertes Datenmanagement in der Praxis aus? Welche Rolle können neue Technologien bei der Datenverarbeitung einnehmen und wie kann die Verwaltung aktuellen Cyberrisiken begegnen? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigen sich die Referentinnen und Referenten am diesjährigen Nationalen eGovernment Symposium. Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie unter www.egovernment-symposium.ch.

Agenda:

- 20. September 2017, [eCH Abendveranstaltung](#), Bern
- 13. November 2017 [Nationales eGovernment Symposium](#), Bern
- 20. November 2017, Konferenz „[Digitale Schweiz](#)“, Biel
- 21. November 2017, [National Digital Day](#), Anlässe in der ganzen Schweiz

Geschäftsstelle E-Government Schweiz

Informatiksteuerungsorgan des Bundes ISB, Schwarztorstrasse 59, CH-3003 Bern
info@egovernment.ch, www.egovernment.ch, Tel. +41 31 324 79 21, Fax. +41 31 322 45 66

